
Pressemitteilung

Erfurt, 03.03.2022

**Fit für die Zukunft –
Verband automotive thüringen fordert industriepolitische Neuausrichtung
zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland**

Vorsitzender Mathias Hasecke: „In Zeiten wie diesen müssen alle industriepolitischen Optionen auf den Tisch. Wir fordern eine Neuausrichtung der Industriepolitik zur Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen.“

Vor dem Hintergrund der aktuellen Lage und ihrer geopolitischen Risiken auch in Hinblick auf die Energieversorgungssicherheit sieht der Verband der Automobilzulieferer Thüringens schnellen Handlungsbedarf für Eckpunkte einer neuen Industriepolitik.

Der Vorsitzende von automotive thüringen, Mathias Hasecke, dazu: „Die Angriffe in der Ukraine sind erschreckend und machen uns und die Unternehmen fassungslos. Unsere Gedanken sind bei den Menschen vor Ort. Die wirtschaftlichen Folgen sind noch nicht absehbar. Die Unsicherheiten aufgrund der geopolitischen Risiken im Bereich der Energieversorgungssicherheit steigen. In Zeiten wie diesen müssen alle industriepolitischen Optionen zur Neuausrichtung bestehender Rahmenbedingungen auf den Tisch. Die steigenden Energiekosten belasten nicht nur private Haushalte, sondern gefährden die Unternehmen und mithin die Arbeitsplätze in der Wirtschaft.“

Rico Chmelik, Geschäftsführer von automotive thüringen, ergänzt: „Nach unserer Blitzumfrage unter 190 Thüringer Zulieferunternehmen erwarten 88% der Unternehmen negative Auswirkungen auf die Energie- und Rohstoffpreise. Die mittelbaren Auswirkungen durch Beeinträchtigungen der Geschäftsbeziehungen von Logistikdienstleistern und Spediteuren führen zu weiteren, nachhaltigen Verwerfungen in der Zulieferindustrie. Viele mittelständische Betriebe sind zudem massiv belastet aufgrund von Materialengpässen und des Preisanstiegs bei Rohstoffen. Der Kostendruck bei der Energie findet auch kein Ende und stellt erhebliche Existenzbedrohungen für die Unternehmen dar.“

Der Verband automotive thüringen richtet dazu einen Appell an die Bundes- und Landesregierung zur Neuausrichtung der Industriepolitik am Standort Deutschland. Das entsprechende Positionspapier ist als Anlage dieser Pressemitteilung beigefügt.

Gezeichnet und V.i.S.d.P.
R. Chmelik, Geschäftsführer